

**SPD-Fraktion Mainz-Lerchenberg
CDU-Fraktion Mainz Lerchenberg
Bündnis 90/Die Grünen Mainz Lerchenberg
FDP Mainz Lerchenberg
ÖDP Mainz Lerchenberg**

Vorlage-Nr. 1556/2016

TOP

Gemeinsamer Antrag zur Sitzung des Ortsbeirats Mainz-Lerchenberg

am 17. 11. 2016

Aufrechterhaltung des Ortsbeiratsszimmers

Die Stadtverwaltung wird gebeten, bei der Sanierung des Bürgerhauses Lerchenberg und bei der Neuorientierung des Bewirtschaftungskonzepts sicher zu stellen, dass ein Sitzungsraum an die Ortsverwaltung angegliedert bleibt bzw. der Ortsbeirat sowie seine Fraktionen und Mitglieder einen unkomplizierten und kostenfreien Zugriff auf einen Sitzungsraum haben, der sowohl den Ortsbeiratssitzungen dient als auch den Ortsbeiratsmitgliedern und einer Reihe von Initiativen, die bislang das Ortsbeiratsszimmer nutzen konnten.

Begründung

Die Idee des Bürgerhauses was bislang, dass es der Stadtteilbevölkerung Möglichkeiten bietet, Veranstaltungen zu organisieren und sich als Gruppen, Vereine und Initiativen der Öffentlichkeit präsentieren zu können. Daneben sollte es größeren Veranstaltungen von Organisationen, Trägern und Institutionen dienen.

Hinter dieser Idee stand immer die Stärkung von Integrationspotentialen im Stadtteil als einem sozialen Raum, innerhalb dessen man sich sozial verorten kann und sich zugehörig fühlen soll.

Dazu gehörte auch, dass die politischen Gremien des Stadtteils in enger Verbindung mit der Ortsverwaltung ihre Aufgaben unkompliziert wahrnehmen konnten, bzw. sich als Fraktionen treffen konnten, um ihrem jeweiligen Mandat gerecht zu werden.

Mit der Neuausrichtung des Bewirtschaftungskonzepts müssen diese Funktionen erhalten bleiben.

Im Stadtteil Lerchenberg gibt es keine kostenfreien und unkompliziert erreichbaren Alternativen. Das gilt sowohl für die politischen Parteien und ihre Organe als auch für die Initiativen.

Außerdem kann die Ortsverwaltung als Teil der Stadtverwaltung ihrer Funktion nur dann gerecht werden, wenn sie räumlich angemessen ausgestattet ist. Dazu gehört auch ein Besprechungszimmer.

Das Bürgerhaus darf nicht vorrangig in seiner wirtschaftlichen Vermarktung gesehen werden, sondern als sozial-integrativer Ort des Stadtteils, der er bislang war.

Prof. Dr. Detlef Baum (SPD-Fraktion)
Markus Gillenberger (CDU -Fraktion)
Christoph Schladt (Bündnis 90/Die Grünen)
Dr. Dirk Rexroth (FDP)
Karl-Heinz Schimpf (ÖDP)